



- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Pressemitteilung

Straßengüterverkehr im Fokus: Das Regierungspräsidium hat die Verkehrsstudie Hochrhein-Bodensee vorgestellt

24.05.2022

Grundlage für Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf den Straßen in der Grenzregion zur Schweiz



Stefan Schnurr - stock.adobe.com

Angesichts des hohen Verkehrsaufkommens, insbesondere des Güterverkehrs auf den Straßen entlang des Hochrheins will Baden-Württemberg in Abstimmung mit dem Kanton Aargau und weiteren schweizerischen Partnern die grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen verbessern. Grundlage hierfür ist die Verkehrsstudie Hochrhein-Bodensee, die das Regierungspräsidium Freiburg (RP) am Dienstagabend im Beisein politischer Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Land, Region und der Schweiz in einer digitalen Veranstaltung vorgestellt hat. Die Studie enthält Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, insbesondere an den Grenzübergängen. Ableiten lassen sich zudem Potenziale für den Ausbau der nachhaltigen Mobilität am Hochrhein. Die Studie sowie die 30 Maßnahmenvorschläge sind auf [dieser Internetseite des RPs](#).

Im Auftrag des RP untersuchten die Verkehrsberater der PTV Transport Consult GmbH die Situation des Straßengüterverkehrs an den Grenzübergängen zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz. Auf Basis eines Verkehrsmodells wurden für das Jahr 2040 Schwachstellen identifiziert. Diese umfassen die Bereiche Verkehrszunahmen, Überlastungen an Grenzübergängen, Infrastruktur der Zollanlagen, Stau im Zulauf zur Grenze und unerwünschte Verkehrsverlagerungen im Straßennetz. Ausgehend von diesen Erkenntnissen wurden für den gesamten Raum zwischen Weil am Rhein und Bodensee Maßnahmenvorschläge erarbeitet, deren jeweilige Umsetzung zu einer Entlastung der Grenzübergänge vor Ort führen. Der Fächer an Lösungsmöglichkeiten umfasst folgende Handlungsfelder:

- Die Schaffung von zusätzlichem Parkraum für wartende Lkw zur Vermeidung von Stau

- Straßenbauliche Maßnahmen wie eine zusätzliche Rheinbrücke zwischen Bad-Säckingen und Sisseln, den Neubau der Rheinbrücke zwischen Waldshut und Koblenz sowie zusätzliche Fahrstreifen an den Grenzübergängen
- Die Vorsortierung des Lkw- und Pkw-Verkehrs an den Grenzübergängen zur Vermeidung von Konflikten
- Die zeitliche Entzerrung des Lkw-Verkehrs zur besseren Auslastung der Grenzübergänge im Tagesverlauf.

„Die Verkehrsstudie ist ein wichtiger Meilenstein für die zukünftige Entwicklung der Verkehre zwischen Deutschland und der Schweiz und damit Grundlage für die weitere gute Zusammenarbeit unserer so eng mit einander verwobenen Grenzregion Hochrhein-Bodensee“, sagte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer. Sie kündigte an, dass die Ergebnisse der Studie nun in einem regionalen Dialog zwischen den beteiligten Akteuren konkretisiert und durch die jeweiligen Projektträger auf beiden Seiten des Rheins umgesetzt werden sollen.

Verkehrsminister Winfried Hermann sagte: „Die Studie analysiert vor allem die Schwachstellen des Straßenverkehrs an den Grenzübergängen und am gesamten Hochrhein. Sie weist auf Probleme hin und schafft ein gemeinsames Handlungsbewusstsein. Im Sinne der Verkehrswende ist es darüber hinaus wichtig, die Potenziale aller Verkehrsträger zu nutzen. Mobilität muss ganzheitlich und verkehrsträgerübergreifend betrachtet und dabei der Klimaschutz berücksichtigt werden. Die Umgestaltung des Verkehrsraums zugunsten nachhaltiger Mobilitäts- und Transportformen wie dem Öffentlichen Verkehr, dem Schienengüterverkehr oder dem Radverkehr sollte unbedingt in den Blick genommen werden.“

„Die nun vorliegende Verkehrsstudie ist ein zusätzlicher wertvoller Beitrag und bestätigt die bisherigen Überlegungen des Kantons Aargau sowie unsere bereits laufenden Raum-, Siedlungs- und Mobilitätsplanungen in dieser Region - insbesondere im Hinblick auf die vorgesehene Erarbeitung von regionalen Gesamtverkehrskonzepten entlang des Hochrheins sowie im Zulauf zu den Räumen Zurzibiet, Baden und Brugg im Aargau“, erklärte Regierungsrat Stephan Attiger, Vorsteher des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) im Kanton Aargau. Selbstverständlich werde der Kanton bei seinen weiteren Planungen wie bisher die zuständigen Behörden aller betroffenen Regionen und Gemeinden dies- und jenseits der Grenze miteinbeziehen.

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, das die Studie zur Hälfte gefördert hat, sowie das Verkehrsministerium Baden-Württemberg haben den Prozess unterstützt.

Internetseite mit der Verkehrsstudie

Kategorie:

Mobilität, Verkehr und Straßen

Pressestelle

Kaiser-Joseph-Straße 167
79098 Freiburg
pressestelle@rpf.bwl.de



Heike
Spannagel
Presse-
recherin
[0761208
1038](tel:07612081038)
[E-Mail
schreibe](mailto:Heike.Spannagel@rpf.bwl.de)

n



Matthias
Henrich
Stellv.
Pressesp
recher

0761208

1039

E-Mail

schreibe

n